

I. ALLGEMEINER TEIL

Anwendungs-/Geltungsbereich und wesentliche Vertragspflichten

1.1. Anwendungs-/Geltungsbereich

Allen unseren Kran- und Transportleistungen sowie Grobmontagen liegen die nachstehenden Bedingungen zugrunde, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen (z. B. HGB oder CMR, CMNI/CLNI, CIM/COTIF, MU/WA, jeweils in der neuesten Fassung [n. F.]).

1.2. Wesentliche Vertragspflichten

Die wesentlichen Vertragspflichten des Auftragnehmers ergeben sich aus den Ziffern 2 bis 4 dieser Bedingungen. Dies sind die Verpflichtungen, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf.

Auch die Mitwirkungspflichten des Auftraggebers in den Ziffern 18 bis 22 sind solche wesentlichen Vertragspflichten.

2. Kranleistungen im Sinne dieser Bedingungen werden in zwei Leistungstypen erbracht:

2.1. Leistungstyp 1 – Krangestellung

Krangestellung bezeichnet die Überlassung von Hebezeugen samt Bedienungspersonal an den Auftraggeber zur Durchführung von Arbeiten nach dessen Weisung und Disposition.

2.2. Leistungstyp 2 – Kranarbeit

Kranarbeit ist Güterbeförderung, insbesondere das Anheben, Bewegen und die Ortsveränderung von Lasten und/oder Personen zu Arbeitszwecken mit Hilfe eines Hebezeuges, und bezeichnet die Übernahme eines oder mehrerer vereinbarter Hebemanöver durch den Auftragnehmer nach dessen Weisung und Disposition. Hierzu zählt insbesondere auch der isolierte Schwergutumschlag mit Hilfe eines Kranes.

3. Transportleistungen

Transportleistung im Sinne dieser Geschäftsbedingungen ist die gewerbsmäßige Beförderung von Gütern sowie die Bewegung oder Ortsveränderung von Gütern insbesondere mittels besonderer Transporthilfsmittel wie z. B. Schwerlastroller, Panzerrollen, Wälzswagen, Hebebocke, Luftkissen, hydraulischen Hubgerüsten und Hubportalen, o. ä. (sog. Flur- und Quertransporte), einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden transportbedingten Zwischenlagerung. Schwergut wird regelmäßig unverpackt und unverplant transportiert. Das Verpacken und Verplanen des Ladegutes sowie Laden, Stauen und Zurren und das Entladen schuldet der Auftragnehmer – außer bei Seefracht – nur, wenn dies vereinbart ist. Bei Schiffsbeförderungen ist der Auftraggeber mit offener Decksverladung einverstanden.

4. Grobmontagen und -demontagen, sonstige Zusatzleistungen

4.1. Grobmontagen und -demontagen

Diese sind, sofern vereinbart, Bestandteile der Kran- oder Transportleistung. Darunter fällt das Zusammenfügen oder Zerlegen sowie das Befestigen oder Lösen des Ladegutes für Zwecke der Transportvorbereitung oder -abwicklung. Für darüber hinausgehende Montageleistungen (Endmontage, Probelauf, Feinjustierungen etc.) gelten die BSK-Montagebedingungen jeweils n. F.

4.2. Zusatzleistungen

Dies sind alle gesondert zu vergütenden Leistungen, die nicht direkt zu den wesentlichen Vertragspflichten gehören, das gesamte Leistungsspektrum jedoch abrunden, wie z. B. alle verkehrslenkenden Maßnahmen, bauliche Veränderungen oder statische Berechnungen von Verkehrswegen, Streckenprüfungen, Polizeibegleitungen.

5. Einsatzstellenbesichtigung

Ergebnisse von Einsatzstellenbesichtigungen und besondere Vereinbarungen, z. B. über Be- und Entladeort, Kranstandplatz, sollen von den Parteien protokolliert werden.

6. Ausführende Bedingungen des Vertrages – öffentlich-rechtliche Erlaubnisse und Genehmigungen

Die Durchführung von Großraum- und Schwertransporten sowie Kranverbringungen im öffentlichen Straßenverkehr bedarf der Erlaubnis oder Genehmigung der zuständigen Behörde, insbesondere gemäß §§ 29 III und 46 I Nr. 5 StVO sowie § 70 I StVZO und gegebenenfalls weiterer Sondernutzungs genehmigungen nach Straßen- und Wegerecht sowie anderer notwendiger öffentlich-rechtlicher Genehmigungen. Die unter diesen Bedingungen geschlossenen Verträge sind auflösend bedingt und enden, sofern die Erlaubnis oder Genehmigung durch die zuständige Behörde versagt wird. Vergütungsansprüche für die bis dahin erbrachten Leistungen bleiben davon unberührt.

7. Verkehrslenkende Maßnahmen und Nebenbestimmungen

Sofern verkehrslenkende Maßnahmen (Polizeibegleitung, Hilfspolizei, Verwaltungshelfer, beliebige Unternehmen etc.) oder sonstige Auflagen und Nebenbestimmungen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs und/oder zum Schutz der Straßenbaustanz behördlich verfügt werden, stehen die unter diesen Bedingungen geschlossenen Verträge auch unter der auflösenden Bedingung der rechtzeitigen Verfügbarkeit der Sicherheitskräfte und der rechtzeitigen Umsetzbarkeit der behördlichen Sicherungsmaßnahmen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die notwendigen behördlichen Erlaubnisse und Genehmigungen rechtzeitig nach den einschlägigen Verwaltungsvorschriften zu beantragen und den Auftraggeber unverzüglich über solche Auflagen und Nebenbestimmungen zur Transportdurchführung zu informieren, die den Transportablauf erschweren oder behindern könnten. Es gilt hierzu das BSK-Merkblatt: „Verkehrslenkende Maßnahmen“ jeweils n. F.

8. Nachunternehmer und Wechsel des Verkehrsträgers

Der Auftragnehmer ist berechtigt, andere Unternehmen und/oder Verkehrsträger zur Erfüllung der vertraglich übernommenen Verpflichtung einzuschalten, sofern nichts anderes vereinbart wurde.

9. Vertragsbeendigung

Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich unter Ausschluss von Schadenersatzansprüchen vom Vertrag zu lösen, wenn nach sorgfältiger Prüfung vor oder während des Einsatzes von Fahrzeugen, Geräten oder Arbeitsvorrichtungen aller Art und trotz aller zumutbaren Anstrengungen zur Schadensverhütung wesentliche Schäden an fremden und/oder eigenen Sachen und/oder Vermögenswerten bzw. Personenschäden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zu vermeiden sind. Der Ausschluss der Schadenersatzansprüche entfällt, wenn der Auftragnehmer die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns (Frachtführers) nicht beachtet hat. Im Fall des Rücktritts wird bei Kranleistungen das Entgelt anteilig berechnet, bei Transportleistungen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

10. Regelungen zu unvermeidbaren Leistungshindernissen, witterungsbedingte Unterbrechungen

Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Einsatz bei Gefahr für Ausrüstung, Ladegut, Personal und/oder Dritte sofort zu unterbrechen. Er verliert seinen Anspruch auf Entgelt nicht bei höherer Gewalt oder wenn die Hemmnisse trotz zumutbarer Anstrengungen und äußerster Sorgfalt nicht abwendbar waren.

Witterungsbedingte Unterbrechungen mindern den Anspruch auf Entgelt nicht.

11. Umfang der Leistung

Maßgebend für die Leistung des Auftragnehmers sind der Kran-, Krangestellungs- oder Transportvertrag bzw. die Vereinbarungen im internationalen Frachtbrief. Der Auftragnehmer schuldet das jeweils für die einzelnen Leistungen nach den Ziffern 2 bis 4 Erforderliche. Darüber hinausgehende Leistungen oder Tätigkeiten im weiteren Sinne sind entweder zu vereinbaren oder nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen im Wege von Vertragsänderungen neuer Inhalt des Vertrages. Nur wenn es vereinbart ist, stellt der Auftragnehmer darüber hinaus auch notwendiges Anschlag-, Einweis- und sonstiges Personal auf Kosten des Auftraggebers.

Darüber hinaus informiert der Auftragnehmer den Auftraggeber über die relevanten Gerätedaten, wie z. B. Rad-, Ketten- und Stützdrücke und die hieraus auftretenden Bodenbelastungen.

II. BESONDERER TEIL

1. Abschnitt Krangestellung

12. Pflichten des Auftragnehmers und Haftung

Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer schuldet die Überlassung eines für den Auftrag geeigneten Hebezeuges, das nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und den geltenden Regeln der Technik und des

Arbeitsschutzes geprüft sowie betriebsbereit ist. Der Auftragnehmer schuldet weder das Anschlagen der Last noch die Gestellung geeigneter Anschlagmittel, wie z. B. Anschlagketten, -seile, Hebebänder, es sei denn, dies ist ausdrücklich anders vereinbart. Für das überlassene Personal haftet der Auftragnehmer nur im Rahmen der geltenden Grundsätze zum Auswahlverschulden. Außer im Falle offenkundiger Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, die vom Auftraggeber zu machenden Angaben, insbesondere zu Gewicht, Maßen, Mengen und sonstigen relevanten Besonderheiten der zu befördernden Lasten, nachzuprüfen oder zu ergänzen.

12.1. Haftungsauschluss

Eine Haftung, insbesondere für die nicht rechtzeitige Gestellung, ist ausgeschlossen bei höherer Gewalt, Unruhen, kriegerischen oder terroristischen Akten, Streik und Aussperrung, Blockaden von Beförderungswegen, witterungsbedingten Umständen, Straßensperrung sowie sonstigen unvorhersehbaren, unabwendbaren und schwerwiegenden Ereignissen.

12.2. Haftungsbegrenzung

Außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit des Auftragnehmers und seiner Erfüllungsgehilfen ist die Haftung des Auftragnehmers, insbesondere bei nicht rechtzeitiger Gestellung, begrenzt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden.

Diese Haftungsbegrenzung gilt nicht für die Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit von Personen.

2. Abschnitt Kranarbeit und Transportleistungen

13. Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm erteilten Aufträge mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und technischen Möglichkeiten unter Beachtung der einschlägigen Regeln der Technik ordnungsgemäß und fachgerecht auszuführen.

14. Auswahl von Transportmittel, Hebezeug und Personal

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, insbesondere geeignete Transportmittel und Hebezeuge, die betriebsbereit, betriebssicher und nach den geltenden Bestimmungen geprüft sind, zum Einsatz zu bringen. Darüber hinaus verpflichtet sich der Auftragnehmer, insbesondere geeignetes Bedienungspersonal (Kranführer und Kraftfahrer), das mit der Bedienung des Transportmittels bzw. des Hebezeuges vertraut ist, einzusetzen.

15. Haftung des Auftragnehmers

15.1. Grundregelung

Es gelten in diesem Abschnitt die gesetzlichen Vorschriften über das Frachtgeschäft. Die Haftung des Auftragnehmers während der Obhut ist für Güterschäden – außer in Fällen des qualifizierten Verschuldens gemäß § 435 HGB – begrenzt auf 8,33 Sonderziehungsrechte (SZR) je Kilogramm des beschädigten oder in Verlust gegangenen Gutes.

Bei Seebeförderung haftet der Auftragnehmer für Güterschäden mit 2 SZR pro Kilogramm Rohgewicht der Binnung oder maximal 666,67 SZR pro Packstück oder Einheit, je nachdem, welcher Betrag höher ist. Bei nationalen Binnenschifftransporten haftet der Auftragnehmer mit maximal 2 SZR pro Kilogramm Rohgewicht der Sendung. Entsprechendes gilt bei Multimodaltransporten mit Schiffsbeförderungsanteil, wenn der Schadensort unbekannt ist.

15.2. Haftungserweiterungen zugunsten des Auftraggebers

Zugunsten des Auftraggebers haftet der Auftragnehmer in Abweichung von Ziffer 15.1 für Güterschäden bis zum Betrag von 600.000,00 € sowie für sonstige Vermögensschäden, für die dem Grunde nach gesetzlich gehaftet wird, bis zum Betrag von 125.000,00 €, jeweils pro Schadenereignis unter Wegfall der summenmäßigen Haftungsbegrenzungen. Für darüber hinausgehende Schadensbeträge gelten die gesetzlichen Vorschriften.

15.3. Haftungsausschlüsse bei Seebeförderungen und internationalen Binnenschiffsbeförderungen

15.3.1 Seebeförderung

Gemäß § 512 Abs. 2 Nr. 1 HGB ist vereinbart, dass der Auftragnehmer in seiner Stellung als Verfrachter ein Verschulden seiner Leute und der Schiffsbesatzung nicht zu vertreten hat, wenn der Schaden durch ein Verhalten bei der Führung oder der sonstigen Bedienung des Schiffes, jedoch nicht bei der Durchführung von Maßnahmen, die überwiegend im Interesse der Ladung getroffen wurden, oder durch Feuer oder Explosion an Bord eines Schiffes entstanden ist.

15.3.2 Internationale Binnenschiffsbeförderungen

Der Auftragnehmer als Frachtführer oder ausführende Frachtführer haftet gemäß Artikel 25 Abs. 2 CMNI auch nicht, wenn der Schaden

- durch eine Handlung oder Unterlassung des Schiffsführers, Lotsen oder sonstiger Personen im Dienste des Schiffes oder eines Schub- oder Schleppbootes bei der nautischen Führung oder der Zusammenstellung oder Auflösung eines Schub- oder Schleppverbandes verursacht wurde, vorausgesetzt, der Frachtführer hat seine Pflichten nach Artikel 3 Absatz 3 CMNI hinsichtlich der Besatzung erfüllt, es sei denn, die Handlung oder Unterlassung wird in der Absicht, den Schaden herbeizuführen, oder leichtfertig und in dem Bewusstsein begangen, dass ein solcher Schaden mit Wahrscheinlichkeit eintreten werde;
- durch Feuer oder Explosion an Bord des Schiffes verursacht wurde, ohne dass nachgewiesen wird, dass das Feuer oder die Explosion durch ein Verschulden des Frachtführers, des ausführenden Frachtführers, oder ihrer Bediensteten oder Beauftragten oder durch einen Mangel des Schiffes verursacht wurde,
- auf vor Beginn der Reise bestehende Mängel seines oder eines gemieteten oder gecharterten Schiffes zurückzuführen ist, wenn er beweist, dass der Mangel trotz Anwendung gehöriger Sorgfalt vor Beginn der Reise nicht zu entdecken war.

15.4. Haftungsbegrenzungen

Im Übrigen, außerhalb der Obhut des Auftragnehmers sowie für sonstige Pflichtverletzungen gilt:

Außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit des Auftragnehmers und seiner Erfüllungsgehilfen ist die Haftung des Auftragnehmers der Höhe nach beschränkt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden.

Diese Haftungsbegrenzung gilt nicht für die Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit von Personen.

16. Höherwertdeklaration

Sofern der Auftraggeber einen höheren Betrag als in Ziffer 15.2 wünscht, so ist vor Auftragserteilung eine ausdrückliche Vereinbarung darüber zu treffen und der Auftragnehmer ist berechtigt, die Kosten einer entsprechenden Versicherung für die höhere Haftung dem Auftraggeber in Rechnung zu stellen.

17. Versicherung des Gutes

17.1. Verlangen nach Güterversicherung

Zur Versicherung des Gutes ist der Auftragnehmer nur verpflichtet, soweit ein ausdrücklicher schriftlicher Auftrag dazu unter Angabe des Versicherungswertes und der zu deckenden Gefahren vorliegt. Die bloße Wertangabe ist nicht als Auftrag zur Versicherung zu verstehen.

17.2. Besondere Regelungen bei Güterversicherung

Durch die Entgegennahme des Versicherungsscheines (Police) übernimmt der Auftragnehmer nicht die Pflichten, die dem Auftraggeber als Versicherungsnehmer obliegen, jedoch hat der Auftragnehmer alle üblichen Maßnahmen zur Erhaltung des Versicherungsanspruches zu treffen.

17.3. Vereinbarung üblicher Versicherungsbedingungen

Mangels abweichender schriftlicher Vereinbarungen versichert der Auftragnehmer zu den an seinem Firmensitz üblichen Versicherungsbedingungen auf Kosten des Auftraggebers.

**3. Abschnitt
Pflichten des Auftraggebers und Haftung****18. Allgemeine Pflichten des Auftraggebers und Mitwirkung des Auftragnehmers**

Der Auftraggeber hat alle technischen Voraussetzungen, die für die ordnungsgemäße und gefahrlose Durchführung des Auftrages erforderlich sind, auf eigene Rechnung und Gefahr zu schaffen und während des Einsatzes aufrechtzuerhalten. Insbesondere ist der Auftraggeber verpflichtet, das zu behandelnde Gut in einem für die Durchführung des Auftrages bereiten und geeigneten Zustand zur Verfügung zu halten. Der Auftraggeber ist außerdem verpflichtet, die Maße, Gewichte und besonderen Eigenschaften des Gutes (z. B. Schwerpunkt, Art des Materials) sowie im Falle von Kranleistungen die Anschlagpunkte rechtzeitig und richtig anzugeben. Der Auftraggeber schuldet das Anschlagen der Last und stellt die geeigneten Anschlagmittel, soweit nichts anderes vereinbart ist.

Insbesondere hat der Auftraggeber umfassend sein Sonderwissen sowie nicht allgemein bekannte Informationen (nebst Unterlagen und Dokumenten) schriftlich weiterzugeben.

Angaben und Erklärungen Dritter, deren sich der Auftraggeber zur Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen bedienen, gelten als Eigenerklärungen des Auftraggebers.

Der Auftragnehmer hat, soweit erforderlich, über die in Ziffer 11 geregelten Informationspflichten hinaus den Auftraggeber zu unterstützen und dazu die in den nachfolgenden Ziffern geregelten einzelnen Mitwirkungshandlungen zu erbringen.

19. Besondere Pflichten betreffend Zufahrten

Der Auftraggeber hat die zum Befahren von fremden Grundstücken, nicht öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen erforderlichen Zustimmungen der Eigentümer zu besorgen und den Auftragnehmer von Ansprüchen Dritter, die sich aus einer unbefugten Inanspruchnahme eines fremden Grundstückes ergeben können, freizustellen.

Der Auftraggeber trägt das Risiko der Baustraßenanbindung aufgrund der ihm obliegenden Verkehrssicherungspflicht.

20. Besondere Pflichten bezüglich Bodenverhältnissen, Zuwegungen, Kranarbeitsplatz, Einsatzstelle**20.1. Bodenverhältnisse am Einsatzort und Zuwegungen**

Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass die Boden-, Platz- und sonstigen Verhältnisse an der Einsatzstelle sowie den Zuwegungen – ausgenommen öffentliche Straßen, Wege und Plätze – eine ordnungsgemäße und gefahrlose Durchführung des Auftrages gestatten. Hierbei hat der Auftragnehmer mitzuwirken und die in Ziffer 11 geregelten Mitwirkungshandlungen zu erbringen.

20.2. Hinweis auf besondere Risiken

Der Auftraggeber hat stets auf besondere Risiken hinzuweisen und diese entweder selbst zu beseitigen oder beseitigen zu lassen, soweit sie aus der Sphäre des Auftraggebers stammen. Insbesondere hat der Auftraggeber die Angaben zu machen, die notwendig sind, damit der Auftragnehmer die besonderen Erfordernisse hinreichend beurteilen kann.

20.3. Bodenbeschaffenheit

Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass die Bodenverhältnisse am Be- und Entladeort bzw. an der Einsatzstelle sowie an den Zuwegungen den auftretenden Bodendrücken und sonstigen Beanspruchungen gewachsen sind. Gegebenenfalls hat der Auftragnehmer auch Hinweise zu Möglichkeiten der Bodenuntersuchung bei unbekannter Bodenbeschaffenheit sowie Hinweise zur Ermöglichung der Bodenbeschaffenheit für einen sicheren Betrieb zu geben. Der Auftragnehmer hat auch sonstige geeignete Hinweise zu geben, die ihm als Betreiber typischerweise bekannt sind, soweit der Auftraggeber dieser erkennbar bedarf.

20.4. Baufeld

Hinsichtlich der Einsatzstelle und Zuwegung hat der Auftraggeber, soweit nötig, in Abhängigkeit insbesondere von den mitgeteilten Rad-, Ketten- und Stützdrücken, das mögliche Baufeld in einem geeigneten Umfang herzustellen. Sofern der Auftragnehmer vom vereinbarten, angewiesenen oder erkennbaren Baufeld abweichende Stellplätze nutzen will, hat er den Auftraggeber insoweit hinzuzuziehen und die Geeignetheit im Zusammenwirken mit dem Auftraggeber festzustellen.

20.5. Schächte, Hohlräume oder andere nicht erkennbare Hindernisse

Der Auftraggeber ist verantwortlich für alle Angaben über unterirdische Kabelschächte, Versorgungsleitungen, sonstige Erdleitungen und Hohlräume, die die Tragfähigkeit des Bodens an der Einsatzstelle oder den Zuwegungen beeinträchtigen könnten. Auf die Lage und das Vorhandensein von Frei- und Oberleitungen, unterirdischen Kabeln, Leitungen, Schächten und sonstigen Hohlräumen oder auf andere nicht erkennbare Hindernisse, die die Stand- und Betriebssicherheit der Fahrzeuge und eingesetzten Geräte am Einsatzort beeinträchtigen könnten, hat der Auftraggeber hinzuweisen. Der Auftragnehmer weist ausdrücklich auf typische, in der konkreten Lage auftretende Risiken hin, wie Schächte oder Hohlräume bei öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, soweit der Auftraggeber erkennbar solcher Hinweise bedarf oder diesbezüglich ausdrücklich fragt. Auf besondere Gefährdungslagen, die sich bei Durchführung der Kran- oder Transportleistung hinsichtlich des zu befördernden Gutes und des Umfeldes ergeben können (z.B. Gefahrgut, Kontaminationsschäden) hat der Auftraggeber hinzuweisen. Der Auftragnehmer hat auch hierbei die ihm als Betreiber möglichen Hinweise, z. B. auf ihm bekannte typische und besondere Risiken, zu geben, soweit dem Auftraggeber diese nicht erkennbar bekannt sind.

20.6. Angaben des Auftraggebers

Unter Beachtung des Vorstehenden darf sich der Auftragnehmer auf jedwede Angaben des Auftraggebers hinsichtlich der Bodenverhältnisse verlassen und ist nicht zur Nachprüfung der zur Verfügung gestellten Informationen verpflichtet, es sei denn, es liegt eine offensichtliche Fehlerhaftigkeit oder Unvollständigkeit vor oder aus der Natur der Sache ergibt sich, dass Besonderheiten der Bodenverhältnisse vorliegen.

21. Weisungen des Auftraggebers

Der Auftraggeber darf nach Auftragserteilung ohne Zustimmung des Auftragnehmers dem von ihm eingesetzten Personal keine Weisungen erteilen, die von den vertraglichen Vereinbarungen in Art und Umfang abweichen oder dem Vertragszweck zuwiderlaufen.

22. Haftung des Auftraggebers

Verletzt der Auftraggeber schuldhaft die vorgenannten Verpflichtungen, insbesondere seine Vorbereitungs-, Hinweis- und Mitwirkungspflichten, so haftet er gegenüber dem Auftragnehmer für jeden daraus entstehenden Schaden. Die Vorschrift des § 414 Absatz 2 HGB bleibt hiervon unberührt. Von Schadensersatzansprüchen Dritter, die aus der Verletzung der Pflichten des Auftraggebers herrühren, hat er den Auftragnehmer freizustellen. Für den Fall der Inanspruchnahme des Auftragnehmers nach dem Umweltschadensgesetz oder anderen vergleichbaren öffentlich-rechtlichen, nationalen oder internationalen Vorschriften hat der Auftraggeber den Auftragnehmer im Innenverhältnis in vollem Umfang freizustellen, sofern dieser den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat. Der Einwand des Mitverschuldens bleibt für beide Parteien hiervon unberührt.

III. SCHLUSSBESTIMMUNGEN**23. Regelungen zu Vergütung inklusive Rechnungsstellung, Aufrechnung / Zurückbehaltung, Pfand- und Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers****23.1. Grundlagen der Vergütung**

Der Auftragnehmer hat Anspruch auf Ersatz der Aufwendungen, die er den Umständen nach für erforderlich halten durfte und nicht zu vertreten hat, insbesondere für Gebühren und Kosten für behördliche Aufwendungen sowie alle Beschaffungskosten und Kosten, die durch behördliche Auflagen und sonstige Nebenbestimmungen entstehen, z. B. für Polizeibegleitung, für Verwaltungshelfer, für zivile Begleitung, und sonstige Kosten für behördlich angeordnete Sicherheitsvorkehrungen, soweit nichts anderes vereinbart wurde.

Die Rechnungen des Auftragnehmers sind nach Erfüllung des Auftrages unverzüglich nach Rechnungserhalt zu vergleichen, soweit bei Auftragserteilung nichts anderes vereinbart wurde.

23.2. Aufrechnung, Zurückbehaltung

Gegenüber Ansprüchen aus dem Vertrag und damit zusammenhängenden außervertraglichen Ansprüchen ist eine Aufrechnung oder Zurückbehaltung nur zulässig, wenn der fällige Gegenanspruch unbestritten, entscheidungsreif oder rechtskräftig festgestellt ist, es sei denn, beim Auftraggeber handelt es sich um einen Verbraucher.

23.3. Pfand- und Zurückbehaltungsrecht

Der Auftragnehmer hat wegen aller fälligen und nicht fälligen Forderungen, die ihm aus den in den Ziffern 2 bis 4 genannten Tätigkeiten gegenüber dem Auftraggeber zustehen, ein Pfandrecht und ein Zurückbehaltungsrecht an den in seiner Verfügungsgewalt befindlichen Gütern oder sonstigen Werten. Das Pfand- und Zurückbehaltungsrecht geht jedoch nicht über das gesetzliche Frachtführer- bzw. Vermieterpfandrecht und das allgemeine Zurückbehaltungsrecht hinaus.

Hinsichtlich eines Pfand- und Zurückbehaltungsrechts wegen Forderungen aus anderen mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Verträgen gilt § 366 Abs. 3 HGB.

Der Auftragnehmer darf ein Pfand- und Zurückbehaltungsrecht wegen Forderungen aus anderen mit dem Auftraggeber abgeschlossenen Verträgen nur ausüben, soweit diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind oder wenn die Vermögenslage des Schuldners die Forderung des Auftragnehmers gefährdet.

An die Stelle der in § 1234 BGB bestimmten Frist für die Androhung des Pfandverkaufs von einem Monat tritt in allen Fällen eine solche von einer Woche.

Der Auftraggeber ist berechtigt, der Ausübung des Pfandrechts zu widersprechen, wenn er dem Auftragnehmer ein hinsichtlich der Forderung gleichwertiges Sicherungsmittel, z. B. eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft, einräumt. Dies gilt auch für Zurückbehaltungsrechte.

24. Deutsches Recht, Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand, auch für Scheck- und Wechselklagen unter Kaufleuten, ist ausschließlich der Sitz des Auftragnehmers. Alle vom Auftragnehmer abgeschlossenen Verträge unterliegen dem deutschen Recht. Das gilt auch für ausländische Auftraggeber.

25. Regelungen zur Schriftform

Soweit für Erklärungen die Schriftform verlangt wird, steht ihr die elektronische Kommunikation und jede sonst lesbare Form gleich, sofern sie den Aussteller erkennbar macht.

I. GENERAL SECTION**Field of application/scope and essential contractual obligations****1.1. Field of application/scope**

All our crane and haulage services, as well as rough assemblies, are subject to the following terms and conditions unless otherwise stipulated by mandatory statutory regulations (e.g. German Commercial Code [Handelsgesetzbuch - HGB] or CMR, CMNI/CLNI, CIM/COTIF or Montreal Convention/Warsaw Convention [Montreaner Übereinkommen/Warschauer Abkommen - MU/WA], in the latest version [new version]).

1.2. Essential contractual obligations

The essential contractual obligations of the contractor can be derived from Subclauses 2 to 4 of these terms and conditions. These are the obligations, the fulfilment of which makes the proper execution of the contract possible at all and on the compliance with which the contractual partner may, as a rule, rely and depend upon.

The obligations of the customer to provide assistance in Subclauses 18 to 22 are also such essential contractual obligations.

2. Crane services within the meaning of these terms and conditions are provided in two categories:**2.1. Category 1 – Crane hire**

Crane hire means the provision of hoisting equipment with operating personnel to the customer for carrying out work in accordance with the customer's instructions and arrangements.

2.2. Category 2 – Crane work

Crane work refers to the carriage of goods, especially hoisting, moving and relocating loads and/or persons for the purpose of working with a mobile hoist and relates to accomplishing one or several contracted hoisting maneuvers by the contractor according to the instructions and arrangements. This especially also includes isolated marshalling of heavy objects by means of a crane.

3. Transport services

Transport service in the meaning of these terms and conditions is the commercial transportation of goods and moving or relocating goods, especially by means of special auxiliary transportation gear such as e.g. heavy load rollers, armored rollers, heavy duty roller gears, lifting jacks, air cushions, hydraulic lifting scaffolding and lifting portals or similar (so-called ground or transfer transports) including interim storage in connection with the transportation. Heavy items are usually transported unpacked and without tarpaulin cover. Packaging or covering the load with tarpaulins, loading, stowing and lashing – excepting sea cargo – are only owned by the contractor if this is contracted. The customer is agreed with open deck loading for shipment by sea.

4. Rough assembly and disassembly, other additional services**4.1. Rough assembly and disassembly**

These are components of the crane or transport service if this is agreed. This includes fitting together or disassembling and fastening or loosening the load for preparing or carrying out the transportation. The BSK Terms and Conditions of Assembly in the latest version shall apply for assembly services which go beyond this (final assembly, trial run, fine adjustments, etc.).

4.2. Additional services

These are all services that are to be remunerated separately, which do not directly belong to the essential contractual obligations, however round off the entire range of services, such as e.g. all traffic direction measures, structural changes or static calculations of traffic routes, route checks, police escorts.

5. Site inspections

Results of site inspections and special agreements, e.g. with regard to the loading and unloading locations, crane location, etc. must be recorded by the parties in writing.

6. Conditions subsequent of the contract – public law permits and approvals

The execution of large volume and heavy transports or moving cranes in public road traffic requires the permission or approval of the responsible authority, in particular pursuant to Sections 29 III and 46 I No. 5 Federal Road Traffic Regulations [Straßenverkehrsordnung - StVO] as well as Section 70 I Federal Road Traffic Registration Act [Straßenverkehrszulassungsordnung - StVZO] and, if applicable, further special use permits in accordance with road and route law as well as other necessary public law permits. The contracts concluded under these terms and conditions are subject to a condition subsequent and will end if the permission or approval is refused by the responsible authority. Remuneration claims for services provided until this time shall remain unaffected hereby.

7. Traffic direction measures and secondary provisions

Insofar as traffic direction measures (police escort, auxiliary police, administrative assistants, entrusted companies, etc.) or other conditions and secondary provisions are ordered by official authorities in order to maintain safety and the smooth flow of road traffic and/or to protect the road construction substance, the contracts concluded under these terms and conditions shall also be subject to the condition subsequent of the timely availability of the security forces and the ability to implement the official security measures in time. The contractor undertakes to apply for the necessary official permissions and approvals in writing in time according to the relevant administrative regulations and to inform the customer without delay about such conditions and secondary provisions for the execution of the transport, which could render more difficult or impede the transport flow. In this respect we refer to the BSK information leaflet "Traffic Direction Measures" in the latest version.

8. Subcontractors and change in the mode of transport

Unless agreed otherwise, the contractor is entitled to employ other enterprises and/or modes of transport to fulfil the assumed contractual obligations.

9. Termination of contract

The contractor is entitled to withdraw from the contract without any claims for damages if, after careful examination before or during the use of vehicles, equipment or working devices of any kind has revealed that significant damage to third party and/or own property and/or assets or injury to persons will very probably be inevitable despite all reasonable efforts to avoid such damage. The exclusion of damage compensation claims is void if the contractor failed to comply with the due diligence required of a proper merchant (carrier). In the case of rescission, the remuneration for crane services is charged pro rata and transport services are subject to the statutory provisions.

10. Regulations relating to unavoidable impediments to services, interruptions due to weather conditions

The contractor is entitled to interrupt the deployment immediately in case of hazard to equipment, load, personnel and/or third parties. It shall not lose its claim for remuneration in case of force majeure or, if the obstacles could not be avoided despite making reasonable efforts and applying extreme care and attention.

Interruptions due to weather conditions shall not reduce the claim for remuneration.

11. Scope of the service

Decisive for the contractor's service are the crane, crane frame or transport contract or the agreements in the international consignment note. The contractor shall be responsible for that which is respectively necessary for the individual services according to Subclauses 2 to 4. Services or activities beyond this, in the broader sense, are either to be agreed or shall become a new content of the contract according to the following regulations by way of amendments to the contract. Only if agreed, the contractor shall also provide the necessary posting, instruction and other personnel at the cost of the customer.

In addition, the contractor shall inform the customer about the relevant device data, such as wheel, chain and support pressures and the resulting floor loads.

II. SPECIAL PART**1. Section****Crane provision****12. Obligations and liability of the contractor****Obligations of the contractor**

The contractor shall owe the provision of a hoist that is suitable for the order, which has been tested according to the relevant statutory provisions and the applicable rules of technology and occupational

safety and is ready for operation. Unless explicitly agreed otherwise, the contractor shall not be responsible for attaching the load or for providing suitable lifting gear, such as sling chains, sling ropes or lifting straps. The contractor is only liable for supplied personnel within the scope of the applicable principles for a fault in the selection of personnel. Except in the case of an obvious inaccuracy or incompleteness of the details the contractor is not obliged to check or supplement the details to be provided by the customer, in particular with regard to weight, dimensions, quantities and other relevant special features of the loads that are to be transported.

12.1. Exclusion of liability

Liability, in particular for the late provision, is excluded in case of force majeure, civil commotion, warlike or terrorist acts, strike and lock-out, blockades of transport routes, circumstances due to weather conditions, road block as well as other unforeseeable, unavoidable and serious events.

12.2. Limitation to liability

Except in the case of willful intent and gross negligence of the contractor and its vicarious agents the liability of the contractor, in particular with the late provision, is limited to the damages that were foreseeable upon conclusion of the contract and which are typical for the contract.

This limitation to liability shall not apply to the injury to life, the body and the health of persons.

2. Section**Crane work and transport services****13. Obligations of the contractor**

The contractor undertakes to properly and expertly execute all orders placed with it with all means and technical possibilities at its disposal by complying with the relevant rules of technology.

14. Selection of means of transport, hoisting equipment and personnel

The contractor in particular undertakes to deploy suitable transport means and hoisting equipment which are ready for operation, safe to operate and tested in accordance with the applicable provisions. Furthermore, the contractor undertakes to provide, in particular, suitable operating personnel (crane operators and vehicle drivers) who are familiar with the operation of the transport means or hoisting equipment.

15. Liability of the contractor**15.1. Basic regulation**

The statutory regulations governing the freight business shall apply in this Section. The liability of the contractor during the safekeeping for damages to goods is - except in cases of qualified culpability pursuant to Section 435 HGB - limited to 8.33 Special Drawing Rights (SDR) per kilogram of the damaged or lost property.

In the case of carriage by sea, the contractor will be liable for damage to goods at 2 SDR per kilogram gross weight of the consignment or a maximum of 666.67 SDR per package or unit, depending on which amount is higher. In case of national inland waterway transports the customer will be liable with a maximum of 2 SDR per kilogram gross weight of the shipment. The same shall apply with multimodal transports with a vessel transport share if the damage location is unknown.

15.2. Liability extensions for the benefit of the customer

For the benefit of the customer the contractor will be liable in deviation from Subclause 15.1 for damages to goods up to the amount of EUR 600,000.00 as well as for other financial losses, for which liability is fundamentally assumed by law, up to the amount of EUR 125,000.00, respectively per damaging event under the lapse of the limitations to liability in terms of amount. The statutory regulations shall apply to damage amounts in excess of this.

15.3. Exclusions of liability for carriage by sea and international inland waterways**15.3.1 Carriage by sea**

Pursuant to Section 512 Para. 2 No. 1 HGB it is agreed that the contractor, in its position as transport agent shall not be responsible for a fault of its employed staff and the vessel crew if the damage due to a conduct during the steering or the other operation of the vessel, however not with the execution of measures, which were primarily taken in the interest of the load, or was caused by fire or explosion on board a vessel.

15.3.2 International inland waterway transport

The contractor, as carrier or executing carrier shall not be liable either pursuant to Article 25 Para. 2 CMNI if the damage

- was caused through an act or omission of the captain, pilot or other person in the service of the vessel or of a pusher or towboat in the nautical command or the assembly or disassembly of a pusher or towboat, presuming that the carrier has satisfied its obligations in accordance to Article 3, paragraph 3 of CMNI with regard to the crew, unless the act or omission is committed with the intention of causing the damage or recklessly and with knowledge that such damage would probably occur;
- was caused by fire or explosion on board of the vessel without it being proven that the fire or the explosion was caused by a fault of the carrier, the executing carrier or its employees or authorized agents or through a defect of the vessel,
- is a result of defects to its or to a rented or chartered vessel, which existed before commencement of the journey, if it proves that the defect could not be discovered before commencement of the journey despite applying the required care and attention.

15.4. Limitations to Liability

Incidentally, the following shall apply outside of the safekeeping of the contractor as well as for other breaches of obligations:

Except in the case of willful intent and gross negligence of the contractor and its vicarious agents, the liability of the contractor shall be limited with respect to the amount to the damages, which are foreseeable upon conclusion of the contract and that are typical for the contract.

This limitation to liability shall not apply to the injury to life, the body and the health of persons.

16. Declaration of higher value

If the customer requires a higher amount than that specified in Subclause 15.2, this must be explicitly so agreed before the order is placed and the contractor is entitled to charge the customer for the costs of insuring correspondingly higher liability.

17. Insurance of the goods**17.1. Request for cargo insurance**

The contractor shall only be obligated to insure the goods insofar as an explicit written order has been submitted for this purpose, stating the insured value and the risks to be covered. The mere declaration of value is not to be understood as an order for insurance.

17.2. Special regulations in case of cargo insurance

Acceptance of the insurance policy does not signify that the contractor assumes the obligations incumbent on the customer as policyholder; however, the contractor must take all usual measures in order to uphold the right to claim from the insurance.

17.3. Agreement of customary insurance terms and conditions

In the absence of any deviating written agreements, the contractor shall insure under the customary insurance terms and conditions at its registered seat at the expense of the customer.

3. Section Obligations and Liability of the Customer

18. General obligations of the customer and assistance of the contractor

The customer must create all technical prerequisites necessary for the proper and safe execution of the order at its own account and risk and must maintain these during the assignment. The customer is especially obligated to maintain the goods to be handled in a condition ready and suitable for executing the order. The customer is moreover obligated to state correctly and in good time the dimensions, weights and special features of the goods (e.g. center of gravity, type of material), as well as the load fastening points in the case of crane work. Unless otherwise agreed, the customer owes the slinging of the load and shall provide the appropriate slinging equipment.

The customer in particular has to comprehensively pass on its special know-how as well as information that is not generally known (together with documents) in writing.

Statements and declarations by third parties employed by the customer to fulfil the obligations of the customer are deemed to be own statements of the customer.

The contractor has, if necessary, beyond the information obligations regulated in Subclause 11, to support the customer and, in addition, to provide the individual acts of assistance regulated in the following Subclauses.

19. Special obligations relating to access routes

The customer must obtain the necessary permission of the owners for the use of third party properties, private roads, paths and squares and must indemnify the contractor against any third party claims that may arise from unauthorized use of a third party property.

The customer shall bear the risk of the construction road connection owing to the obligation to ensure public safety for which it is responsible.

20. Special obligations with regard to ground conditions, access routes, crane workstation, place of deployment

20.1. Ground conditions at the place of deployment and access routes

The customer shall be responsible for ensuring that the ground, site and other conditions at the place of deployment as well as the access routes - with the exception of public roads, paths and squares - permit proper and safe execution of the order. The contractor has to assist hereby and to provide the acts of assistance regulated in Subclause 11.

20.2. Reference to special risks

The customer always has to point out special risks and to remedy these either itself or to have these remedied, insofar as they stem from the scope of the customer. The customer has, in particular, to provide the details which are necessary in order for the contractor to be able to sufficiently assess the special requirements.

20.3. Ground conditions

The customer shall be responsible for ensuring that the ground conditions at the place of loading and unloading or at the site of operation as well as at the access routes are able to withstand the occurring ground pressures and other stresses. If applicable, the contractor also has to give indications of possibilities of the ground investigation in case of unknown ground conditions, as well as indications for making ground conditions possible for safe operation. The contractor also has to give other suitable indications, which are typically known to it as an operator, insofar as this is recognizably required by the customer.

20.4. Construction field

With regard to the place of deployment and access route the customer has, if necessary, in particular depending on the communicated wheel, chain and support pressures, to establish the possible construction field to a suitable extent. Insofar as the contractor intends to use parking spaces that deviate from the agreed, instructed or recognizable construction field, it has to accordingly involve the customer and to determine the suitability in the interaction with the customer.

20.5. Shafts, cavities or other undetectable obstacles

The customer is responsible for all information on underground cable ducts, supply lines, other underground lines and cavities which could impair the load-bearing capacity of the ground at the site of operation or the access routes. The customer is obligated to draw attention to the location and presence of open and overhead lines, underground cables, conductors, shafts and other cavities or to other undetectable obstacles which could impair the stability and operational safety of the vehicles and equipment used at the site of operation. The contractor shall explicitly point out typical risks occurring in the concrete situation, such as shafts or cavities in public roads, paths and squares, insofar as the customer recognizably requires or explicitly asks for such information. The customer is obligated to point out any particular hazards that may arise during the execution of the crane or transport services with regard to the goods to be transported and their surroundings (e.g. hazardous goods, contamination damage). The contractor also has to give the indications in this case that are possible for it as an operator, e.g. of typical and special risks known to it, insofar as these are not recognizably known to the customer.

20.6. Details of the customer

By complying with the above, the contractor may rely on all details of the customer with regard to the ground conditions and is not obligated to check the information that is made available, unless this is obviously inaccurate or incomplete or it is derived from the nature of the matter that special features exist with regard to the ground conditions.

21. Instructions of the customer

After placing the order, the customer is not permitted to give instructions without the contractor's consent to the personnel of the contractor that deviate in type and scope from the contractual agreements or that are in contradiction to the purpose of the contract.

22. Liability of the customer

If the customer culpably breaches the aforementioned obligations, especially its obligation regarding preparation, information and assistance, then the customer is liable towards the contractor for any damages arising as a result. This does not affect the regulation of Section 414 Para. 2 HGB. The customer must indemnify the contractor against third party damage compensation claims arising from a breach of the obligations of the customer. In the event of the assertion of a claim against the contractor under the German Environmental Damage Act [Umweltschadensgesetz - USchadG] or other comparable public-law, national or international regulations, the customer must indemnify the

contractor in the internal relationship to the full, unless the contractor caused the damage willfully or due to gross negligence. The plea of co-fault shall remain unaffected hereby for both parties.

III. FINAL PROVISIONS

23. Official expenses, offsetting / retention, right of lien and right of retention of the contractor

23.1. Bases of the official expenses

The contractor has the right of retention of the official expenses, which were not entitled to consider necessary under the circumstances and therefore the contractor is not responsible for, especially fees and costs for official expenses as well as all procurement costs and costs, which are incurred by official conditions and other secondary provisions, e.g. for police escort, for administrative assistants, for civil escort, and other costs for officially ordered safety precautions, insofar as not otherwise agreed.

After fulfilment of the order, the invoices of the contractor must be settled immediately following invoice receipt, unless agreed otherwise when the order was placement.

23.2. Offsetting, retention

Offsetting and retention is only permitted against claims from the contract and thus associated non-contractual claims if the due counter-claims are undisputed, ready for decision or have been declared final and binding, unless the customer concerns a consumer.

23.3. Right of lien and right of retention

The contractor has a right of lien and a right of retention to the goods or other values at its power of disposal, owing to all due and not due claims, to which it is entitled against the customer from the activities stated in Subclause 2 to 4. However, the right of lien and of retention does not go beyond the statutory right of lien of a carrier or lessor and the general right of retention.

With regard to a right of lien and retention owing to claims from other contracts concluded with the customer Section 366 Para. 3 HGB shall apply.

The contractor may only exercise a right of lien or right of retention due to claims from other contracts concluded with the customer if these claims are disputed or have been declared final and binding or if the debtor's asset situation puts the claim of the contractor at risk.

The due period of one month stipulated in § 1234 German Civil Code for threatening to sell pledged items is replaced in all cases by a due period of one week.

The customer is entitled to object to the exercising of the right of lien if it grants the contractor an equivalent means of collateral with regard to the claim, e.g. an absolute bank guarantee. This shall also apply to rights of retention.

24. German law, place of jurisdiction

Place of performance and place of jurisdiction, also for cheque and bill of exchange legal actions between merchants, is exclusively the registered seat of the contractor. All contracts concluded by the contractor are subject to German law. This also applies to foreign customers.

25. Regulations regarding the written form

Where statements are required in writing, electronic communication and any other readable form is considered as equivalent provided that it clearly identifies the issuer.